



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 29. April 2013 68. Jahrgang/Nr. 99 • Berlinausgabe 1,60 €

STANDPUNKT

Hintertür für Schwarz-Grün

Von Aert van Riel

Die Grünen wollen einen Wahlkampf gemeinsam mit der SPD führen. Das haben die Delegierten beim Parteitag am Wochenende in Berlin noch einmal bestätigt. Ein Änderungsantrag, durch den die Koalitionsaussage deutlich abgeschwächt werden sollte, ist allerdings nur knapp gescheitert.

Das ist ein Anzeichen dafür, dass zumindest Teile der Basis skeptisch sind. Zwar sind sich die Grünen weitgehend einig, dass sie es in einer Bundesregierung mit der SPD wegen der großen inhaltlichen Schnittmengen am einfachsten hätten. Aber die Enttäuschung darüber, wie die Sozialdemokraten ihren Wahlkampf bisher geführt haben, ist groß. Das liegt vor allem an den umstrittenen Aussagen des Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück. Mit ihm kommen die Sozialdemokraten nicht aus dem Umfragetief heraus. Er ist bei den Bürgern deutlich unbeliebter als die Amtsinhaberin Angela Merkel. Dem Optimismus, dass es am Ende für Rot-Grün reichen wird, sind somit bei den Grünen Grenzen gesetzt.

Deswegen lassen sie sich eine Hintertür offen. In ihrem am Wochenende verabschiedeten Wahlprogramm schreiben die Grünen, dass Koalitionen keine Frage von Farben oder Ideologien sind, sondern Bündnisse auf Zeit zur Umsetzung gemeinsamer Ziele. Die Ökopartei präferiert zwar Rot-Grün, schließt formal aber auch andere mögliche Bündnisse nicht aus. Das ist zumindest ein Teilerfolg derjenigen, die offensiv für eine Öffnung zur Union geworben haben.

Unten links

Eines der Heiligtümer der Konservativen ist die **Familie**. Oft werden sie von links dafür bespöttelt; man setzt Familie dann absichtsvoll mit Rückständigkeit und Mief gleich. Nur weil die Konservativen ein klares Familienbild haben – Mann, Frau, Trauschein, Kind, Kind, Kind ..., und zwar genau in dieser Reihenfolge –, an dem sie nicht rütteln lassen. Sieht man aber genauer und ohne ideologische Scheuklappen hin, dann entdeckt man rührende Beispiele für familiären Zusammenhalt. Und für unvermuteten Fortschrittsgeist. Nicht nur, dass etliche CSU-Landtagsabgeordnete mit dem Fraktionschef an der Spitze über lange Zeit allernächste Angehörige in ihren Abgeordnetenbüros beschäftigten und ihnen so ein Dasein oberhalb des Existenzminimums ermöglichten. Nein, CSU-Generalsekretärin Dorothee Bär stellte sogar ihren Lebensgefährten an, ganz modern auch ohne Ehering, und ließ Meldungen zufolge die Lebensgefährtin ihres Vaters etwas dazuverdienen. Sakra, diese CSU! wh

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise
Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-4940



Das neue Italien

Ex-Premier Berlusconi kann sich freuen: Seine Partei ist wieder an der Macht



Berlin (nd). Werden sich zwei nicht einig, freut sich der Dritte, heißt ein altbekanntes Sprichwort. Der Dritte ist im Italien dieser Tage Silvio Berlusconi. Der viermalige Ministerpräsident mischt zwar nicht direkt im neuen Kabinett in Rom mit, ist aber als Gewinner der zweimonatigen Hängepartie in Italien und letztlich auch der Parlamentswahl vom 24. und 25. Februar zu sehen. Zuvor hatte der Komiker Beppe Grillo seiner »Bewegung 5 Sterne« kein Mandat zur Regierungsbeteiligung gegeben. Und der Chef der Demokratischen Partei (PD), Pier Luigi Bersani, hatte es als eigentlicher Wahlsieger nicht geschafft, in beiden Parlamentskammern

eine Mehrheit für eine Regierung jenseits der Berlusconi-Partei PdL zusammenzubekommen.

Die PdL ist damit nach anderthalb Jahren wieder an der Macht, der nächste Demokraten-Chef verbrannt, die von links erhoffte Erneuerung bleibt aus. Auch wenn sich Enrico Letta als neue Führungsperson der PD mit einem in vielerlei Hinsicht bunten Kabinett am Sonntag in Rom zum Ministerpräsidenten vereidigen ließ. Vom Berlusconi-Vertrauten Angelino Alfano über die ehemalige EU-Kommissarin Emma Bonini bis hin zu Josefa Idem, Kanu-Olympiasiegerin mit deutschen Wurzeln, erstreckt sich die Bandbreite der neuen 21-köpfigen

Führung des Landes. Heute soll sie im Parlament bestätigt werden.

Für Berlusconi persönlich ist die nun erfolgte Bildung der »Großen Koalition« besonders wichtig, um den Fängen der Justiz zu entkommen. Immer wieder gelang es dem »Cavaliere«, durch neue Gesetze Straffreiheit für sich zu garantieren. Noch immer ist ein ganzer Strauß an Verfahren, u.a. wegen Steuerhinterziehung und angeblichem Sex mit minderjährigen Prostituierten, gegen ihn anhängig. Wie so oft ist zu befürchten, dass er auch diese noch weggrinsen wird. *Seiten 4 und 7*

Foto: dpa/Massimo Percossi

Steuern hoch, V-Leute weg

Grünen-Parteitag stimmt mit großer Mehrheit für das Wahlprogramm

Von Aert van Riel

Der Bundesparteitag der Grünen hat nach einer dreitägigen Debatte mit nur einer Enthaltung das Programm für die Bundestagswahl im Herbst beschlossen. Darin setzt die Ökopartei auf einen moderaten Umverteilungskurs.

Im Bundestagswahlkampf wollen die Grünen dafür kämpfen, gemeinsam mit der SPD eine Regierung zu bilden. So steht es in dem Wahlprogramm, das am Wochenende von rund 800 Delegierten in Berlin verabschiedet wurde. Ein Antrag, der diese Aussage abschwächen wollte, wurde am Freitagabend mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Die Grünen einigten sich auf eine zeitlich befristete Vermögensabgabe und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent. Die zusätzlichen Ein-

nahmen sollen in Bildung und den Klimaschutz investiert werden. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann, der kürzlich noch kritisiert hatte, man dürfe der Wirtschaft »keine unzumutbaren Belastungen auferlegen«, lobte nun die Steuerbeschlüsse. »Wir haben die richtige Balance gefunden«, sagte er.

Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es am Sonntag bei der Debatte um das Endlagerungsgesetz für radioaktiven Müll. Am Ende laufe alles auf Gorleben hinaus, monierte Anti-AKW-Aktivist Jochen Stay. Die Parteispitze konnte sich mit ihrem Antrag durchsetzen, in dem im Grundsatz das von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) vorgelegte Suchgesetz gebilligt wird, aber Klarstellungen bei der Kostenübernahme der Suche durch AKW-Betreiber

und bei Fragen des Rechtsschutzes sowie möglichen Entlohnungen gefordert werden.

Die Partei ist sich einig darin, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz aufgrund der Skandale um das rechte NSU-Terrortrio in seiner bisherigen Form aufgelöst werden muss. Stattdessen soll eine »Inlandsaufklärung« gegründet werden, die sich »mit eingegrenzten nachrichtendienstlichen Befugnissen« auf Spionageabwehr sowie die Aufklärung gewaltbereiter Bestrebungen konzentriert. Gegen den Willen der Parteiführung wurde aber am Samstagabend auch ein Änderungsantrag angenommen, in dem der Verzicht auf V-Leute für geheimdienstliche Arbeit im Inland gefordert wird. »Wir sehen V-Leute sehr kritisch, wollen den Einsatz gesetzlich eng begrenzen, aber ein absolutes

Verbot wird es mit uns nicht geben«, kündigte daraufhin der Parlamentsgeschäftsführer der SPD, Thomas Oppermann, an.

Sympathien für den Beschluss zeigte hingegen LINKE-Innenpolitikerin Petra Pau. »V-Leute sind vom Staat gekaufte Spitzel und bezahlte Täter, aktive Nazis allemal. Sie stärken die rechte Szene und behindern polizeiliche Ermittlungen. Deshalb ist die V-Leute Praxis sofort zu beenden«, sagte sie.

Politiker von Union und FDP kritisierten die Steuerforderungen der Ökopartei. »Mit ihren Plänen setzen die Grünen auf eine reine Umverteilungspolitik«, sagte Unions-Parlamentsgeschäftsführer Michael Grossebrömer (CDU). FDP-Generalsekretär Patrick Döring befürchtete »eine Verarmungsstrategie für die Mitte der Gesellschaft.« *Tagesthema Seite 2*

Erinnerung an Barbara Reimann, die das KZ Ravensbrück überstand. Jetzt starb sie 93-jährig



Deutsche Soldaten als Söldner

Bundeswehrangehörige für Sicherheitsfirmen tätig

Frankfurt am Main (Agenturen/nd). Dutzende deutsche Soldaten und Polizisten haben einem Zeitungsbericht zufolge unerlaubt für private Sicherheitsfirmen gearbeitet. In den vergangenen Jahren seien mehrere aktive Bundeswehrsoldaten für deutsche und ausländische Firmen in Afghanistan, in anderen Kriegsgebieten oder auf Handelsschiffen am Horn von Afrika im Einsatz gewesen, berichtete die »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung«. Damit hätten sie gegen das Soldaten- und Beamtenengesetz verstoßen.

Mitarbeiter von Sicherheitsfirmen berichteten laut »FAS« unabhängig voneinander, sie hätten wiederholt mit aktiven Soldaten und Polizisten zusammengearbeitet. Bestätigt hätten dies mehrere Soldaten, davon einer im aktiven Dienst. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums wollte diesen Verdacht nicht bestätigen. »Im Ausnahmefall dürfen Soldaten genehmigungspflichtige Nebentätigkeiten durchführen«, sagte er.

Die Opposition reagierte mit Argwohn auf den Bericht. Der SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold forderte in der Zeitung dienstrechtliche Konsequenzen, sollten Soldaten und Polizisten tatsächlich illegal im Ausland arbeiten. Auch der Grünen-Obmann im Verteidigungsausschuss, Omid Nouripour, sagte: »Derartige Nebentätigkeiten aktiver Soldaten dürfen nicht geduldet werden.« Und der Verteidigungsexperte der LINKEN, Paul Schäfer, kommentierte: »Die Geister, die die Bundesregierung mit der Öffnung des Söldnermarkts auch für deutsche Unternehmen gerufen hat, wird sie nun nicht los.«

Unterdessen beginnt die Bundeswehr heute im westafrikanischen Mali mit der Ausbildung von Soldaten für die dortigen Streitkräfte. Etwa eine Stunde von der Hauptstadt Bamako entfernt sollen die ersten 35 malischen Rekruten zu Pionieren ausgebildet werden. Ziel der Mission mit anderen EU-Ländern ist es, die bislang nur schlecht ausgestattete Armee in die Lage zu versetzen, selbst gegen Islamisten im Norden des Landes zu kämpfen. *Kommentar Seite 4*

SPORT

Rekord für Schwimmer Deibler

Berlin (sid). Der Olympiavierte Steffen Deibler hat zum Abschluss der deutschen Schwimm-Meisterschaften für einen Paukenschlag gesorgt. Der Hamburger gewann das Finale über 100 m Schmetterling in deutscher Rekordzeit von 51,19 Sekunden. 21 Schwimmerinnen und Schwimmer schafften in Berlin die Norm für die Teilnahme an den Weltmeisterschaften in Barcelona im Juli.

Braunschweig feiert Rückkehr

Berlin (nd). Nach 28 Jahren Abstinenz ist Eintracht Braunschweig zurück in der Fußball-Bundesliga. Mit einem 1:0 beim FC Ingolstadt folgte der deutsche Meister von 1967 dem bereits als Aufsteiger feststehenden Tabellenführer Hertha BSC ins Oberhaus. Dagegen steht die SpVgg Greuther Fürth nach dem 2:3 gegen Hannover als erster Absteiger aus der ersten Liga fest.

Titelkampf bleibt spannend

Frankfurt am Main (nd). Die Meisterfeier der Fußballerinnen des VfL Wolfsburg ist am 20. Spieltag noch einmal vertagt worden. Der Bundesliga-Spitzenreiter verlor am Sonntag im Spitzenspiel beim Verfolger 1. FFC Frankfurt mit 0:2 (0:1). Die Hessinnen festigten dagegen den zur Champions-League-Teilnahme berechtigenden zweiten Platz und rückten bis auf drei Punkte an den Rivalen heran. Der Tabellendritte Turbine Potsdam setzte sich gegen Bayer Leverkusen mit 3:0 (1:0) durch und hat trotzdem nur noch geringe Chancen auf Titelverteidigung und Königsklasse. *Seiten 18 bis 20*